

Langzeit-Kanzlerin Angela Merkel steckt nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche in der Bredouille. Ist die SPD der 'Retter in der Not'? Sie, *sehr verehrte Leserin, sehr geehrter Leser*, können thematisch auf 'Bi' zählen: ● Verlässt Fahrenschon jetzt auch die Gremien? ● Überzieht die DZ BANK die Compliance-Regeln? ● Wie ernst ist die Lage der Sparkassen? ● Jurgeit und die PSD Banken. Ferner: ● Vereinigte Volksbank ● GenoVerband Weser-Ems ● GenoVerband/SVWL ● Spk Witten ● Berliner Volksbank ● WL Bank ● Spk Gütersloh-Rietberg


## Fliegt Ex-DSGV-Präsident jetzt aus den übrigen Sparkassen-Gremien?

Bekanntlich ist Georg Fahrenschon wg. des laufenden Steuerstrafverfahrens vor dem AG München und dem daraus resultierenden Unmut unter den Mitgliedern des DSGV aufgrund seines Verschweigens dieser Tatsache innerhalb der DSGV-Gremien zum 24. November zurückgetreten. Steuerstrafexperten sagen uns, dass vor allem das 'Vergessen' der USt.-Erklärungen für die Jahre 2012 bis 2014, bzw. das (Nach-)Erklären in 2016 Ursache dafür war, auf Antrag der CSU-kritischen Staatsanwaltschaft München einen Strafbefehl gegen ihn zu erlassen. Wobei die kolportierte Höhe von 180 Tagessätzen (die sich an den umsatzsteuerpflichtigen Bezügen i. H. v. 400.000 bis 500.000 € p. a orientieren) wohl das Problem darstellt, denn ab einem Strafbefehl von 90 Tagen gilt man nach bundesdeutschem Recht als vorbestraft. Unsere Steuerexperten sagen auch, dass gemessen an der USt.-Problematik die verkürzten ESt.-Erklärungen eher nachrangig kriegsentscheidend gewesen sein dürften. Das Gehalt als DSGV-Präsident dürfte seitens des DSGV von Beginn an netto ausgezahlt, die ESt. unmittelbar ordnungsgemäß abgeführt worden sein. Umsatzsteuer kann bei Fahrenschon nur bezogen auf die Mandate anfallen, die er in der Organisation neben seinem Hauptamt als Präsident ausfüllt (vgl. die Auflistung im Kasten). Unabhängig davon, dass diese Firmen ihrerseits ein originäres Interesse daran haben dürften, dass ihre Zahlungen samt USt. vom Empfänger ordentlich erklärt und Überzahlungen von USt. zeitnah an den Fiskus abgeführt werden, bleibt die Frage, ob und wann die genannten Gesellschaften im Rahmen von (Neu-)Wahlen Fahrenschon austauschen. – Die 'Bi'-Anfragen sind unterwegs.

### Bisherige Funktionen Fahrenschons innerhalb der S-Finanzgruppe

Georg Fahrenschon bekleidet folgende Ämter und Funktionen innerhalb der S-Finanzgruppe: ++ Vorsitzender des Verwaltungsrates der **DekaBank Deutsche Girozentrale** ++ Vorsitzender des Kuratoriums der **Sparkassenstiftung für internationale Kooperation e.V.** ++ Vorsitzender des Kuratoriums und des Beirats der **Stiftung Schloss Neuhausen GmbH** ++ Vorsitzender des Hochschulrates der **Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe** ++ Mitglied des Vorstandes des **Bundesverbandes Öffentlicher Banken/VÖB** ++ Vorsitzender des Aufsichtsrates der **Berliner Sparkasse/LBBH** ++ Vizepräsident der **Europäischen Sparkassenvereinigung (ESV)** ++ Mitglied des Verwaltungsrates der **KfW Bankengruppe** ++ Mitglied des Verwaltungsrates und der Trägerversammlung der **Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale** ++ Vorsitzender des Aufsichtsrates der **Deutschen Sparkassen Leasing Verwaltungs AG** und stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der **Deutschen Leasing AG** ++ Vorsitzender des Aufsichtsrates der **Berlin Hyp AG** ++ Mitglied des Aufsichtsrates der **Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG**

## Kommt DZ BANK wg. ihrer eigenen Compliance-Regeln aus dem Tritt?

Wenn DZ BANK-Chef Wolfgang Kirsch ein Vokabular benutzt, in dem die Rede ist von "Schwachleistern", von "Soko" einrichten oder davon, dass an seinem Haus "dringend notwendige Geschäfte ... vorbei laufen" und  offen eingesteht, nur "noch eine Patrone im Köcher" zu haben, um "die Geschicke auf diesem so wichtigen Gebiet zu drehen", dann muss es am Beginn des Jahresendspurts schon 'gewaltig dicke' gekommen sein (vgl. 'Bi' 47/2017). In der jüngsten AFB Sitzung, die Kirsch in einem 'Bi' vorliegenden Brandbrief selbst als "turbulent" bezeichnet, haben Vertreter der Primärinstitute "massive Kritik an unserem Gemeinschaftskreditgeschäft" geäußert. Das tun sie inzwischen auch gegenüber 'Bi'. Auch bei der letztwöchigen Herbstkonferenz muss es heftig gekracht haben. Die Primärinstitute beklagen

Ihr direkter Draht ...



02 11 / 66 98 - 321

Fax: 02 11 / 69 12-440

e-mail: bank@kmi-verlag.de

... für den vertraulichen Kontakt

### Impressum

markt intern Verlagsgruppe – kapital-markt intern Verlag GmbH, Grafenberger Allee 30, D-40237 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6912 440. www.kmi-verlag.de. Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

Bank intern Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Redaktionsdirektoren: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber. Chefredakteur: Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prümmer. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Christian Prüßing M.A., Dipl.-Oec. Curd Jürgen Wulle. Druck: Theodor Gruda, www.gruda.de. ISSN 1615-522X

sich laut darüber, dass Anfragen nur zu oft an den hausinternen Compliance-Regeln scheitern. Das Zentralinstitut sei momentan *"durch die Bank zögerlich"*. – Wer Kirsch kennt, weiß, dass er willensstark genug ist, Schwachstellen im System schnellstmöglich auszumerzen. Notfalls auch, wenn dabei Funktionsträger ausgetauscht werden müssen. Und dass er dabei Gas geben muss, weiß Kirsch selbst am besten.

## Ist die wirtschaftliche Lage der Sparkassen schwierig?

Auch wenn **Georg Fahrenschon** inzwischen durch seinen Rücktritt vom Amt des DSGV-Präsidenten für sich einen persönlichen Schlussstrich gezogen hat, sollte man sich seine Gedanken zur **S-Finanzgruppe** vor



Augen halten. Mögliche persönliche Verfehlungen sollen diejenigen bewerten, die dafür nach deutschem Recht berufen sind. 'Bank intern' wird weder in diesen Chor noch in die mediale Begleitmusik einsteigen. Für uns ist wichtiger die Frage,

wie sieht ein Insider die Sparkassen-Gruppe. Und so beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe noch einmal mit der (Abschieds-)Rede von Fahrenschon anlässlich der DSGV-Mitgliederversammlung am 8. November. Neben der politischen Interessenvertretung, die Fahrenschon umriss (vgl. 'Bi' 46 und 47/2017), sagte er: *"Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt in den letzten sechs Jahren war die zunehmend schwierigere wirtschaftliche Situation unserer Institute."* Vor dem Hintergrund und der Erkenntnis, *"dass geschäftspolitische Entscheidungen solche der Vorstände sind"*, konstatierte Fahrenschon, dass *"in diesen Jahren der Anspruch an die Verbände deutlich gewachsen"* sei, *"die Institute mit gemeinsamen Konzeptionen zu unterstützen. Dabei ging es vor allem um Fragen der wirksamen Ergebnisverbesserung durch Kostensenkungen und Ertragsausweitungen, um eine Reduktion der regulatorischen Belastungen, und – ganz besonders – um die Digitalisierung als zentrales Element unserer Vorwärtsstrategie."* Und weiter: *"Wohl noch nie in der Geschichte unserer Gruppe hatten wir drei so fundamentale Herausforderungen gleichzeitig. Betriebswirtschaftlich setzt uns die andauernde Niedrigstzinsphase zu. Es ist zwar eine große Leistung, etwa die Hälfte der zinsbedingt zu erwartenden Einbußen durch entschlossenes unternehmerisches Handeln auszugleichen. Wir alle wissen aber, dass dies vor allem durch Vertriebsleistungen und Entgeltanpassungen erreicht wurde und dass wir solche nicht ohne Weiteres fortsetzen können. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass sich die Aufwands-Ertrags-Relation bis auf 75 % verschlechtern wird. Im Durchschnitt wäre das zwar noch auskömmlich, bei einer relevanten Anzahl von Instituten allerdings nicht mehr."* Als Konsequenz dazu schlägt Fahrenschon vor, sich *"deshalb darauf (zu) konzentrieren, die schwächeren Institute auf den heutigen Durchschnitt zu heben und insgesamt die umfassend vorhandenen konzeptionellen Vorarbeiten auf der Kosten- und vor allem Ertragsseite auch wirklich umzusetzen."*

### Lehmann-Gläubiger vollständig entschädigt – (Klein-)Sparer tragen die Last

Während hierzulande neun Jahre nach der Pleite der **US-Bank Lehmann** lt. **dpa** im Rahmen des Insolvenzverfahrens die 750 Gläubiger der Frankfurter **Lehman Brothers Bankhaus AG** vollständig entschädigt wurden, überdies sämtliche Steuern und das Millionen-Honorar der Insolvenzverwaltung für **Michael Frege** und seine **Kanzlei CMS Hasche Sigle** gezahlt wurden, bleiben die rd. 50.000 deutschen Kleinanleger auf der Strecke. Ihr Investment, der Kauf von Zertifikaten, bleibt im Insolvenzverfahren 'außen vor'. Die vermeintlich seitens Politik und Aufsehern zu Schützenden sind die Verlierer. Dazu **Rainer Mellis**, 'Banker des deutschen Mittelstandes' und Sprecher des Vorstands der **Volksbank Düsseldorf Neuss**: *"Der Sachverhalt, der die Regulierung der ach so 'bösen' Banken ausgelöst hat, ist für die großen Gläubiger inkl. der Verfahrenskosten ohne Verlust ausgegangen. Nur die Kleinanleger, von Verbraucher-'Schützern' und geschäftstüchtigen Anwälten beraten, haben (die) Verluste getragen!"*

Naturgemäß ist dieser Aspekt ein Anspruch mit Zündstoff, denn die Sparkassen-Organisation selbst, aber auch sämtliche inländischen und europäischen Aufseher, letztere mit Argusaugen, werden darüber wachen, dass in der Umsetzung keine Kompetenzgrenzen überschritten werden. Das sieht auch Fahrenschon so: *"Natürlich ist das vor allem eine Aufgabe der Vorstände. Es steigt aber zu Recht die Erwartung an die Verbände, nicht nur konzeptionelle Überlegungen zu produzieren, sondern sich stärker für die Umsetzung vor Ort mitverantwortlich zu fühlen. Ich finde es deshalb richtig, dass wir uns aktuell, etwa mit dem Projekt SiNDi2 auf die bessere Nutzung der vorhandenen Marktkonzeptionen konzentrieren. Kritik nach dem Motto 'Das ist ja nichts Neues', beschreibt deshalb nicht einen Mangel des Projekts, sondern eher unsere anstehenden Aufgaben bei einer konsequenten Umsetzung."* – Wie **Thomas Mang** das sieht, ergründet 'Bi'.

## Wie sieht Jurgeits erste Bilanz beim Verband der PSD-Banken aus?

Seit Jahresbeginn führt **Dieter Jurgeit** als Präsident den **Verband der PSD Banken**. Angetreten ist er mit dem erklärten Ziel, den Verband *"fit und leistungsfähig"* zu machen. Dass 'Bi' bislang von Veränderungen nichts bemerkt hat, ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass der Verband nach dem Ausscheiden des Kommunikationschefs insofern 'blank' dasteht. **So haben wir auch keine Erkenntnis darüber, welche Themen die PSD Banken aktuell auf der Agenda haben.** Die 14 Mitgliedsbanken haben 2016 kumuliert

eine Bilanzsumme von rd. 23,4 Mrd. € aufzuweisen – Tendenz gegenüber dem Vorjahr leicht steigend. Inwieweit der Verband unter Jurgeit allerdings (noch) eine Existenzberechtigung hat oder ob Jurgeit anpeilt, 'seine' Institute verbandlich (etwa beim **Verband der Sparda-Banken** oder dem **Genossenschaftsverband**) anzudocken und die Spezifika künftig über eine Servicegesellschaft abzuwickeln, dürfte sicherlich auch die Wettbewerber interessieren. 'Bi' hat sich daher im Markt einmal umgehört – in Kürze mehr dazu.



## ++ Auf Euro und Cent +++ Auf Euro und Cent +++ Auf Euro und

**Vereinigte Volksbank:** Bislang betrieben Vereinigte Volksbank und Sparkasse Dieburg in der Gemeinde Waldacker gemeinsam eine SB-Stelle. Hier konnten die Kunden beider Institute in den jeweiligen Briefkasten ihrer Bank auch Überweisungsträger stecken. Das geht zukünftig nicht mehr: Die Sparkasse Dieburg hat ihren abgehängt, fünf oder sechs eingeworfene Überweisungen pro Tag rechtfertigten den Aufwand nicht mehr, heißt es. – Da fragt sich 'Bi', ob die **Vereinigte Volksbank** nicht großzügiger Weise ihren Briefkasten auch für Überweisungsformulare der Sparkasse öffnen sollte, wenn man sich offiziell schon nicht auf einen gemeinsamen Briefkasten hat verständigen können. Das Bankgeheimnis bleibt gewahrt!



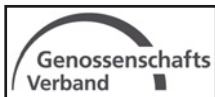
\* \* \*

**Genossenschaftsverband Weser-Ems:** Die Reihe der Dialogpartner der Arbeitsgemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems/AGVR wurde in diesen Tagen mit einem weiteren Hochkaräter fortgesetzt: **Claus Kleber (Heute-Journal)** berichtete in kurzweiliger Form über seinen reichen journalistischen Erfahrungsschatz. Er mahnte dazu, China nicht aus den Augen zu lassen ("China baut seine Präsenz nicht nur in Südostasien, sondern auch in anderen Weltregionen massiv und systematisch aus.") Die USA würden sich als Weltmacht derzeit aus ihrer globalen Verantwortung zurückziehen, wobei er deutlich machte, dass ihn die Wahl **Donald Trumps** zum US-Präsidenten nicht überrascht habe.



\* \* \*

**Genossenschaftsverband:** Ralf W. Barkey, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des **Genossenschaftsverbands – Verband der Regionen**, pflichtet **Peter Simon/SPD**, der im EU-Parlament als Berichterstatter zu aktuellen Änderungsvorschlägen der **EU-Kommission** bezüglich der Kapitalrichtlinie (CRR/CRD IV) fungiert, bei. Simon will kleinere Institute entlasten, wobei sein Kriterium nicht allein die Bilanzsumme ist. Auch der Risikogehalt des Geschäftsmodells soll angemessen Berücksichtigung finden. "Wenn bürokratische Anforderungen der Bankenregulierung nicht verhältnismäßig gestaltet sind, können kleine Institute diese schlechter bewältigen als große – und dadurch werden sie in Fusionen getrieben", erklärt Barkey. Dem stimmt auch Prof. Dr. **Liane Buchholz, SVWL-Präsidentin** zu, die mit ihrem diesbezüglichen Vorstoß innerhalb der **S-Finanzgruppe** seinerzeit für Diskussion gesorgt hatte. Buchholz gegenüber 'Bi': "Die aktuelle Diskussion auf EU-Ebene zeigt, dass für uns wichtige Argumente zur bürokratischen Entlastung kleiner Banken erhört werden. Die geplanten Erleichterungen weisen in die richtige Richtung. Natürlich wünschen wir uns unverändert, dass bei der Abgrenzung 'großer' und 'kleiner' Banken eine Größenklassenspaltung der Sparkassenorganisation vermieden werden kann. Aufdenkbare Klippeneffekte hat der SVWL immer wieder hingewiesen. Die jetzt erkennbare Koppelung an den Risikogehalt, aber auch an das BIP, halte ich jedoch – wie schon im September gesagt – für eine gute Entwicklung."



**Soll und Haben:** ●● **Stadt-Sparkasse Haan:** Am Ende siegte die Vernunft: Mit 22 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung stimmte der Stadtrat in Haan dafür, den Gewinn der **Stadt-Sparkasse Haan** i. H. v. 656.245,43 € in die Rücklage zu stecken, anstatt ihn an die Stadtkasse abzuführen. Haan ist mit einer Bilanzsumme von 696,248 Mio. € auf Platz 27 von 31 Sparkassen im **RSGV** ●● **Sparkasse Oberland:** Vereint wie selten laufen **CSU** und **SPD** im Schonauer Bauausschuss Sturm gegen den Vorschlag der **Sparkasse Oberland**, das bisherige Namensschild 'Kreissparkasse' gegen eine silberne Trägerplatte auszutauschen. Dieses Schild, so die Politik sei "niveaulos", bzw "armselig" und verstoße zudem gegen die städtische Werbesatzung ●● **Sparkasse Bruck:** Nun liegt es auf dem Tisch, das Gutachten, wonach die geplante Fusion der **Sparkasse Bruck**, **Sparkasse Dachau** und **Sparkasse Landsberg/Dießen** zur **Sparkasse Amper-Lech** mit einer Bilanzsumme von 8,3 Mrd. €, gut 1.500 Mitarbeitern und knapp 200.000 Kunden, vor allem einen Mehrwert aufgrund des größer werdenden Geschäftspotenzials bedeute. Das neue Gebilde könne höhere Kreditsummen vergeben als es den einzelnen Häusern jetzt möglich und

erlaubt ist ●● **Taunus Sparkasse:** GUT für die Umwelt – zusammen mit Kunden will die **Taunus Sparkasse** bis zum Jahresende im 76 Hektar großen **Arboretum Main Taunus** 4.000 Bäume pflanzen. 'Bi' meint: Zur Nachahmung empfohlen ●● **Sparkasse Witten:** Während **Olaf Michel**, früherer Vize-Chef der **Sparkasse Witten**, seinen Hut nehmen musste, erhielt der Leiter der Immobilienabteilung **Dirk Bisping** bislang nur eine Abmahnung. Beide haben über Jahre hinweg verkaufswilligen Kunden der Sparkasse kollusiv in der Weise geholfen, dass sie deren Immobilien in eine eigene Gesellschaft steuerten ●● **Berliner Volksbank:** Wo an der Ecke Bundesallee/Nachodstraße in Berlin bis 2015 das Hauptstadt-Jobcenter stand, errichtet die **Berliner Volksbank** auf 7.500 m<sup>2</sup> ein neues Quartier. Berlins Regierender Bürgermeister **Michael Müller** lobt deren Investment, "die **Berliner Volksbank** ist ein wichtiger Akteur der Stadtgesellschaft" ●● **Sparkasse Osnabrück:** Mit **Nancy Plassmann** wird zum 1. Oktober 2018 erstmals eine Frau in den Vorstand der **Sparkasse Osnabrück** einziehen. Bislang leitet sie die Kommunikation des Hauses ●● **WL Bank:** Zur Zeit steht 'Bi' in enger Kommunikation mit den Verbänden und Instituten, um traditionell das Stimmungsbild für das kommende Jahr einzufangen. In der Sammlung wird die **WL Bank** fehlen. Von dort heißt es, "vielleicht ergibt sich nach den Veränderungen in 2018 ein neuer Ansatz". – Wir sind gespannt! ●● **Volksbank Brenztal:** Wer in Heldenfingen auf der Schwäbischen Alb zum Wirtshaus Ochsen geht, will nicht unbedingt für 26,80 € eine "Platte für 2 Personen (4 Stück Filet vom Schwein, 3 Stück Schnitzel 'Wiener Art' mit hausgemachten Spätzle, Pommes frites und Gemüse)" essen. Ochsen-Wirt **Bernd Schmid** hat auch Bargeld zu bieten. Der 'stern' bezeichnet ihn seither als "Banker von Heldenfingen". Einzige Bedingung: Man muss bereit sein auf jede Form von Diskretion zu verzichten. Denn Bares gibt's über den Tresen. Überliefert ist, im Ochsen hat man früher "mit der Pistole für Frieden gesorgt" ●● **Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine:** Das im Zuge der Realisierung des Zusammenschlusses der Sparkassen zur **Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine** geübte Vorruhestandsmodell steht in der öffentlichen Kritik. CDU-Kreistagsabgeordneter **Michael Kramer** aus Peine, früher selbst Mitarbeiter der Arbeitsagentur, stellt klar, dass Arbeitslosengeld für unverschuldeten Jobverlust gedacht ist und nicht für komfortable Übergangszahlungen in den Ruhestand ohne jede Absicht zur erneuten Arbeitsaufnahme. Betroffenen (Sparkassen-)Mitarbeitern rät er, keine so gelagerten Aufhebungsverträge zu unterschreiben, denn dies führe zur Mitverantwortung und Verlust von Zahlungen ●● **Sparkasse Gütersloh-Rietberg:** Bislang hat die **Sparkasse Gütersloh-Rietberg** alle 16 (!) Verfahren gegen ihren Vorstand **Christoph Bender** verloren – zuletzt erneut vor dem **OLG Hamm** (Az. 8 U 16/17).

Denken Sie daran: Am Sonntag ist bereits der 1. Advent  
Ihr 'Bi'-Chefredakteur



RA Dr. Axel J. Prümm



## 'Bi' im Dialog mit der Frankfurter Bankgesellschaft

### Neue Details zur Erbschaftssteuer

Die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer war ein langer und streitanfälliger Prozess, der am Ende sogar die vom Verfassungsgericht gesetzte zeitliche Frist überschritten hatte. Es erscheint somit gar als 'roter Faden' im Gesetz, dass nun nur ein koordinierter Ländererlass zur Erbschaftsteuer in Kraft treten konnte. Denn der nicht gleichlautende Ländererlass wird nur von 15 statt 16 Bundesländern getragen – der Freistaat Bayern geht einen Sonderweg. Möglich macht dies die Tatsache, dass die Erbschaftsteuer keine Bundessteuer ist und somit von den Ländern umzusetzen ist.



Der Erlass erläutert Details der Anwendung praktisch wichtiger erbschaft- und schenkungsteuerrechtlicher Vorschriften, etwa § 13a **ErbStG**, der die Steuerbefreiung von Betriebsvermögen regelt, § 13b **ErbStG**, der die Bestimmung des begünstigungsfähigen Vermögens regelt oder zum Abschmelzmodell des § 13c **ErbStG**. Auch werden die Regelungen zur Stundung (§ 28 **ErbStG**) sowie zur Verschonung (§ 28a **ErbStG**) dargestellt.

Bayern wollte bereits in den vorangegangenen Gesetzesdiskussion Familienunternehmen milder behandeln. So kann man bei Erb- und Schenkungsfällen von Unternehmenswerten, die die 26 Mio.-Euro Grenze überschreiten, die sogenannte Verschonungsbedarfsprüfung beantragen. Bei dieser Prüfung ist unter anderem das Vermögen des Erwerbers ausschlaggebend über die steuerliche Belastungsfolge. Unberücksichtigt bleiben in der Regel potenzielle Einkommensteuerzahlungen oder aber auch die Erbschaftsteuern des Erbes an sich beim verfügbaren Vermögen. Bayern findet dies nicht richtig.

Die schon sehr diffizilen Regelungen des neuen Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes werden durch unterschiedliche Vorgehensweisen der Länder in der Praxis noch komplexer.

**Boris Niekammer**, Wealth Planner  
**Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG**

Den sofortigen Rücktritt von **Angela Merkel** fordert die Düsseldorf **Junge Union**. Sie habe der **CDU** das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 beschert und in den Sondierungen den Positionen der Grünen zugeneigt Und das obwohl "natürlicher Partner die **FDP** sei, mit der man viel mehr politische Schnittmengen habe".

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

steuerberater intern  
immobilien intern  
umsatzsteuer intern  
Ihr Steuerberater  
steuerTIP GmbH intern  
EXCLUSIV (Schweiz)



...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

Bank intern  
kapitalmarkt intern  
finanzTIP  
versicherungstip  
investment intern  
inside track (USA)